



News

- ❏ Editorial: Rente mit 69 –
Eine Frage von Vernunft und Fairness**
- ❏ Deutsche Konjunktur weiter unerwartet kräftig**
- ❏ Studiengebühren:
Australisches Modell erleichtert Finanzierung**
- ❏ Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose
für Freunde und Förderer**
- ❏ Büro Berlin in dreifacher Mission für das
RWI aktiv**

Nr. 2/2011

Rente mit 69: Eine Frage von Vernunft und Fairness



Die Deutschen werden immer älter und das bei tendenziell immer besserer Gesundheit. Das ist eine sehr gute Nachricht. Gleichzeitig werden weniger Kinder geboren als alte Menschen sterben, was zu einer rückläufigen Bevölkerungszahl führt. Das ist aber keine so gute Nachricht. Beide Effekte werden sich nämlich in ihrer Wirkung auf die Sozialsysteme gegenseitig verstärken und die Gesetzliche Rentenversicherung künftig vor große Probleme stellen, denn immer weniger Beitragszahler müssen dann immer länger auszuzahlende Renten finanzieren.

Im „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) haben wir uns im Auftrag der Bundesregierung in einer aktuellen Expertise mit diesen „Herausforderungen des

demographischen Wandels“ beschäftigt (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de). Eine darin erarbeitete Handlungsempfehlung an die Politik war, das gesetzliche Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2060 allmählich auf 69 Jahre zu erhöhen. Von dieser Änderung wären also erst die Geburtsjahrgänge ab 1991 betroffen.

Die Veröffentlichung führte zu teils heftigen Reaktionen. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles wies die „Kaffeersatzleserei über das Jahr 2060“ als unseriös zurück, sie sei „nichts anderes als eine Rentenkürzung“. In manchen Artikeln wurde auch auf den immer gerne bemühten Dachdecker verwiesen, der doch nicht mit knapp 70 Jahren noch auf Dächern herumklettern könne.

Das ist aus zwei Gründen die falsche Reaktion. Zum einen sieht die SVR-Expertise vor, hinsichtlich des Renteneintrittsalters besondere Lösungen für spezielle Berufe prüfen zu lassen. Zum anderen kann man aufgrund der langfristigen Folgen rentenpolitischer Weichenstellungen leider nicht bis 2060 warten, um zu entscheiden, wie man auf die zu erwartenden Steigerungen der Lebenserwartung prinzipiell reagieren soll.

Würde man nach 2030 das Eintrittsalter 67 beibehalten, müsste man die Beitragssätze erheblich anheben, um zu verhindern, dass die Finanzierung zusammenbricht. Aber ist denn die Belastung der Arbeitnehmer mit Sozialabgaben nicht ohnehin schon recht hoch?

Stattdessen erscheint es nichts anderes als fair, die gewonnenen Lebensjahre zwischen der Verlängerung des Erwerbslebens und des Ruhestands aufzuteilen – etwa im Verhältnis von 2:1. Wenn man sich auf einen derartigen Kompromiss grundsätzlich geeinigt hat, dann lassen sich auch alle Sonderfälle im Konsens lösen. So zu tun, als gäbe es den demographischen Wandel nicht, ist jedenfalls keine Lösung.

Christoph M. Schmidt

Deutsche Konjunktur weiter unerwartet kräftig

Das RWI erhöht seine Konjunkturprognose für Deutschland und rechnet für das laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 3,7%, nachdem es im März noch von 2,9% ausgegangen war. Getragen wird die Expansion inzwischen stärker von der Inlands- als von der Auslandsnachfrage. Für 2012 erwartet das RWI eine schwächere Zunahme des BIP um 2,3%, da der Investitionsaufschwung an Fahrt verlieren und zugleich die Außenwirtschaft weniger zur Expansion beitragen dürfte. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen, wenn auch im kommenden Jahr mit langsamerem Tempo. Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich im Prognosezeitraum voraussichtlich spürbar verbessern. Allerdings sind die Nachwehen der Finanzkrise weiterhin ein beachtliches Risiko für die deutsche Konjunktur.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem kräftigen Aufschwung. Im ersten Quartal nahm das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt um 1,5% gegenüber dem Vorquartal zu, für das laufende Vierteljahr lassen die Indikatoren eine erneute Zunahme erwarten. Getragen wird die Expansion nach wie vor von der Auslands-, stärker inzwischen aber auch von der Inlandsnachfrage. Die privaten Konsumausgaben nahmen weiter stetig, wenn auch nicht besonders stark zu. Wichtigste Triebkraft der Konjunktur waren die Investitionen, sowohl die in Ausrüstungen als auch die in Bauten. Insbesondere letztere profitieren von den außerordentlich niedrigen Realzinsen, die sowohl Folge der expansiven Geldpolitik der EZB, aber auch der Bedeutung deutscher Kapitalmarktpapiere als sicherer Hafen für ausländische Anleger sind.

Die Frühindikatoren lassen für die zweite Jahreshälfte ein Anhalten der Expansion erwarten. Der Auftragszugang nahm bis zuletzt spürbar zu, und die Stimmung der Unternehmen ist im langfristigen Vergleich immer noch außerordentlich gut, wenngleich sich die Umfrageergebnisse zuletzt leicht verschlechtert haben. Allerdings dürften sich die Zuwächse im Vergleich zum ersten Quartal verringern. Dies ergibt sich wohl bereits daraus, dass letzteres durch Sonderfaktoren begünstigt

war: So konnte die durch den frühen Wintereinbruch im Dezember 2010 ausgefallene Bauproduktion wohl – abweichend vom üblicherweise anzutreffenden Saisonmuster – bereits im Laufe von Februar und März teilweise wieder nachgeholt werden. Zudem war die wirtschaftliche Aktivität im ersten Quartal aufgrund der ungewöhnlich späten Lage des Osterfestes ausnahmsweise nicht durch Ferientermine beeinflusst.

Hinzu kommt, dass die weltwirtschaftliche Aktivität mittlerweile an Dynamik verloren hat. Dabei spielen zwar wohl auch kurzfristige Produktionsausfälle aufgrund des Erdbebens in Japan eine Rolle. Jedoch haben Überhitzungsgefahren die Wirtschaftspolitik in einer Reihe von Schwellenländern inzwischen auf einen restriktiveren Kurs einschwenken lassen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Auslandsnachfrage schwächer expandieren als zuletzt. Demgegenüber ist ein unverändert kräftiger Anstieg der Inlandsnachfrage zu erwarten. Stimulierend dürften weiterhin die realen Kapitalmarktzinsen wirken, die selbst bei weiteren behutsamen Zinserhöhungen durch die EZB für Deutschland aufgrund der aktuellen konjunkturellen Lage expansiv wirken dürften. Auch nehmen die verfügbaren Einkommen bei voraussichtlich weiter wachsender Beschäftigung, stärker steigenden Effektivlöhnen und einer verbesserten Gewinnsituation beschleunigt zu. Vor diesem Hintergrund wird der Aufschwung bei den privaten Konsumausgaben wohl anhalten, und die Investitionstätigkeit kräftig bleiben, auch wenn hier die jüngst außerordentlich hohen Zuwachsraten wohl nicht zu halten sein werden. Alles in allem erwarten wir für 2011 einen Zuwachs des realen BIP um 3,7%.

Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt lassen die Löhne steigen

Die Beschäftigung dürfte bei diesem Produktionsanstieg weiter zunehmen. Im Jahresdurchschnitt steigt die Zahl der Erwerbstätigen voraussichtlich um 1,2%. Allerdings macht sich mittlerweile in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes eine Knappheit an qualifiziertem Personal bemerkbar. Wohl vor diesem Hintergrund hat sich der Lohnanstieg bereits beschleunigt – zunächst weniger der der Tariflöhne, als vielmehr der der Effektivlöhne, was darauf hinweist, dass die Unternehmen

Aus der Forschung

Eckwerte der Prognose für 2011 und 2012

2010 bis 2012

	2010	2011 ^s	2012 ^s
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,6	3,7	2,3
Verwendung ¹			
Konsumausgaben	0,8	1,6	1,2
Private Haushalte ²	0,5	1,7	1,1
Staat	1,9	1,3	1,3
Anlageinvestitionen	6	9	5,7
Ausrüstungen	10,9	12,9	7,3
Bauten	2,8	6,5	4,5
Sonstige Anlagen	6,4	6,5	6,1
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	0,6	-0,3	-0,1
Inlandsnachfrage	2,4	2,7	2
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	1,3	1,2	0,4
Ausfuhr	14,7	8,3	6,1
Einfuhr	13	6,5	5,8
Erwerbstätige ³ , in 1 000	40 490	40 990	41 350
Arbeitslose ⁴ , in 1 000	3 239	2 947	2 650
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	7,7	7	6,3
Verbraucherpreise ⁶	1,1	2,4	2,3
Lohnstückkosten ⁷	-1	0,4	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁸			
in Mrd. €	-82	-34	-5
in % des nominalen BIP	-3,3	-1,3	-0,2
Leistungsbilanzsaldo ⁹ in Mrd. €	141,4	141	157

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵In Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^sEigene Schätzung.

vermehrt Lohnzuschläge zahlen. Im kommenden Jahr dürften allerdings auch die Tariflöhne stärker angehoben werden. Die Lohnstückkosten steigen folglich beschleunigt. Daher ist zum einen ein stärkerer interner Preisauftrieb zu erwarten, zum anderen ein langsamerer Beschäftigungsaufbau. Dadurch dürfte sich die Expansion der Inlandsnachfrage abschwächen. Da zugleich die Nachfrage aus dem Ausland voraussichtlich langsamer zunehmen wird, und sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wohl leicht verschlechtert, ist zudem ein geringerer Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft wahrscheinlich. Damit wird sich die Zunahme des realen BIP im kommenden Jahr nach unserer Einschätzung auf 2,3% verlangsamen.

Der Preisanstieg wird sich zwar voraussichtlich nach 2,4% in diesem Jahr auf 2,3% im Jahr 2012 etwas verringern. Während er in diesem Jahr noch vorwiegend auf steigende Importpreise zurückzuführen sein dürfte, resultiert er im kommenden Jahr im Wesentlichen aus der internen Teuerung, denn bezüglich der Rohstoffpreise ist hier unterstellt, dass sie sich gegenüber dem zuletzt beobachteten Niveau nicht ändern. Da sich die Kerninflation im Prognosezeitraum weiter deutlich erhöht, entsteht das Risiko, dass sich ein Inflationsdruck aufbaut, der mittelfristig die Preisniveaustabilität gefährden könnte.

Gute Konjunktur bringt Mehreinnahmen für öffentliche Haushalte

Die Lage der öffentlichen Haushalte verbessert sich wohl im Prognosezeitraum spürbar. Aufgrund der guten Konjunktur und der anziehenden Inflation sind beträchtliche Mehreinnahmen zu erwarten, während konjunkturbedingt geringere Ausgaben für Sozialleistungen anfallen dürften. Damit dürfte das Haushaltsdefizit des Staates in diesem Jahr auf 1,3% in Relation zum BIP zurückgehen und im kommenden Jahr weiter auf 0,2%, womit ein annähernd ausgeglichener Haushalt erreicht wäre.

Die deutsche Konjunktur ist damit weiterhin unerwartet kräftig; die Prognose für 2011 wird hiermit zum wiederholten Mal angehoben. Eine wesentliche Rolle spielen dabei wohl die niedrigen Realzinsen, die noch

niemals seit Einführung des Euro über einen längeren Zeitraum ähnlich tief waren wie in den vergangenen anderthalb Jahren. Allerdings drohen weiterhin beachtliche Risiken. Die Nachwehen der Finanzkrise sind bei Weitem noch nicht ausgestanden. Der Euro-Raum kommt angesichts der hohen Verschuldung vieler Staaten nicht zur Ruhe, und auch in den USA hat die öffentliche Verschuldung ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Hinzu kommt, dass die Notenbanken die im Zuge der Finanzkrise kräftig ausgeweitete Liquiditätsversorgung noch nicht wieder nennenswert reduziert haben, so dass die Gefahr des Entstehens neuer Übersteigerungen und eines weltweiten Anziehens der Inflation groß ist.

Studiengebühren: Australisches Modell erleichtert Finanzierung ■

Studiengebühren sind sinnvoll, sollten aber über spezielle Kredite finanziert werden können, deren Rückzahlung sich am späteren Einkommen orientiert. Entsprechende Studienkredite nach australischem Vorbild könnten auch in Deutschland großflächig eingesetzt werden. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie des RWI und der Australian National University. Sie zeigt, dass ein so genannter „income contingent loan“ die von den Absolventen wahrgenommene finanzielle Belastung deutlich reduziert.

Deutsche Studenten über Studiengebühren an den Kosten ihres Studiums zu beteiligen, ist ökonomisch sinnvoll. Um Effizienz und Gleichheit zu gewährleisten, sollten die Studiengebühren jedoch über spezielle Kredite finanziert werden können, die für möglichst viele Studenten verfügbar sind und leicht abgezahlt werden können. Ein Gebührenmodell, das diese Eigenschaften aufweist, ist der so genannte „income contingent loan“ (ICL). Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des RWI und der *Australian National University*. Im Gegensatz zu herkömmlichen Studienkrediten bemisst sich beim ICL der monatliche Rückzahlungsbetrag am jeweiligen späteren Einkommen und darf einen festgelegten Einkommensanteil nicht überschreiten. Auf diese Weise werden übermäßige finanzielle Belastungen der

Absolventen vermieden. Zudem sinkt die Zahl derer, die ihren Kredit nicht zurückzahlen können. Modelle dieser Art werden seit mehreren Jahren erfolgreich in Australien und Neuseeland eingesetzt.

Als Argument gegen Studiengebühren wird häufig vorgebracht, dass die Furcht, ein zu ihrer Finanzierung aufgenommenes Darlehen später nicht zurückzahlen zu können oder sich finanziell stark einschränken zu müssen, viele Studenten von einem Studium abhalten könnte. Einkommensabhängige Kredite nach dem Vorbild des ICL wären geeignet, potenziellen Studenten diese Furcht zu nehmen.

Westdeutsche Uni-Absolventen haben die höchsten Einkommen

Für die Modellrechnungen der Studie wurden Studiengebühren von 3 500 Euro pro Jahr über eine Dauer von fünf Jahren angenommen. Dies ergibt eine Gesamtsumme von 17 500 Euro, die innerhalb von 10 Jahren zurückgezahlt werden soll. Die Informationen zu den Einkommensverhältnissen männlicher und weiblicher Studienabsolventen in West- und Ostdeutschland lieferte der vom Statistischen Bundesamt erhobene „Mikrozensus“ aus dem Jahr 2007. Demnach verdienten westdeutsche Absolventen 2007 durchschnittlich am meisten (Bruttogehalt: 51 525 Euro), gefolgt von ostdeutschen Absolventen (33 629 Euro), westdeutschen Absolventinnen (26 930 Euro) sowie ostdeutschen Absolventinnen (24 600 Euro).

Die Berechnungen zeigen, dass Universitätsabsolventinnen und -absolventen mit durchschnittlichem Verdienst im ersten Jahr der Rückzahlung bei konventionellen Krediten 7,8 bis 14,1% ihres Bruttoeinkommens für die Abbezahlung hätten aufwenden müssen. In niedrigeren Einkommensgruppen wäre die Belastung bis auf 26,8% angestiegen.

ICL: Kreditraten sollten nicht mehr als 8% des Bruttoeinkommens betragen

Im Gegensatz zu konventionellen Krediten basieren die Rückzahlungen bei einkommensabhängigen Krediten wie dem ICL auf dem Einkommen. Die Rückzahlung be-

Aus der Forschung

ginnt üblicherweise zwei Jahre nach Studienabschluss, insofern zu diesem Zeitpunkt ein gewisses Einkommen erreicht ist. Die Obergrenze für die Raten ist als Anteil am Einkommen festgeschrieben. Als Daumenregel gilt, dass nicht mehr als 8% des Bruttoeinkommens für die Tilgung des Kredits aufgewendet werden sollten. Der Staat übernimmt Ausfallgarantien, falls Studenten ihre Kredite nicht zurückzahlen können.

Ausgehend von diesem Szenario würde die Rückzahlungsdauer für Graduierte mit durchschnittlichem Einkommen 7 bis 12 Jahre betragen, für die niedrigsten

Einkommensgruppen 11 bis 22 Jahre. Diese Ergebnisse sind vergleichbar mit denen anderer Länder wie Australien und Neuseeland, in denen einkommensabhängige Studienkredite seit Jahren erfolgreich im Einsatz sind.

Dieser Beitrag beruht auf Ruhr Economic Paper #244 „Student Loan Reforms for German Higher Education: Financing Tuition Fees“ . Es ist unter www.rwi-essen.de/rep als pdf-Datei erhältlich.

Informationen: weiler@rwi-essen.de

Eingeworbene Forschungsaufträge

Impact Evaluation of the Electricity Access Roll Out Program (EARP), Rwanda.

Auftraggeber: IOB, Niederländisches Außenministerium. Ansprechpartner: Dr. Jörg Peters. Laufzeit: 3 Jahre

Evaluation of Renewable Energy Activities in Indonesia.

Auftraggeber: IOB, Niederländisches Außenministerium. Ansprechpartner: Dr. Jörg Peters. Laufzeit: 3,5 Jahre

Impact Evaluation of On-Grid Electrification in Urban Mozambique.

Auftraggeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Ansprechpartner: Gunther Bensch. Laufzeit: 8 Monate

Versorgungsrisiko Hessens mit Energierohstoffen.

Auftraggeber: Hessisches Statistisches Landesamt. Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 1 Monat

Kosteneffizienz von Krankenhäusern auf Bundeslandebene.

Auftraggeber: Verband der Ersatzkassen e.V. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 6 Monate

Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose für Freunde und Förderer

Am 10. Mai hatte die „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“ zur Präsentation der „Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011“ in den Essener RWE-Turm eingeladen. RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. **Roland Döhrn** stellte die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens vor und zeigte sich optimistisch hinsichtlich eines anhaltenden Aufschwungs.

Die Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“ hatten am 10. Mai 2011 die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Ergebnisse der „Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011“ zu informieren. Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte RWI-Präsident Prof. Dr. **Christoph M. Schmidt** die Gäste im RWE-Turm



und informierte sie über die aktuellen Geschehnisse im RWI, darunter den Stand des Bauvorhabens (bald fertig), Berufungen und Promotionen, aktuelle Themen (Eurokrise, Energie, Demographischer Wandel) und Drittmittelprojekte.

Im Anschluss daran stellte RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn die Ergebnisse der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose vor. Zweimal jährlich erstellt das RWI gemeinsam mit anderen Wirtschaftsforschungsinstituten im Auftrag der Bundesregierung diese Konjunkturprognose. Dieses Mal trug sie den Titel „Aufschwung setzt sich fort – Europäische Schuldenkrise noch ungelöst“.

Gute Chancen für anhaltenden Aufschwung in Deutschland

RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn machte in seinem Vortrag deutlich, dass drei große Risiken den derzeitigen Aufschwung der Weltwirtschaft belasten: Euro-Krise und Krise der Staatsfinanzen in Europa, Preishausse an den Rohstoffmärkten und wachsende Inflationsgefahren sowie das Erdbeben in Japan und die Folgen. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland bezeichnete er als unverändert sehr robust. Die Chancen auf einen anhaltenden Aufschwung stünden gut, so Döhrn. Die Finanzpolitik solle aber gleichwohl die gute Haushaltssituation nicht für mehr Schulden nutzen und „heimliche“ Steuererhöhungen vermeiden.



Büro Berlin in dreifacher Mission für das RWI aktiv

Das Büro Berlin des RWI erfüllt für das Institut eine dreifache Mission in der Hauptstadt: Unterstützung der Politikberatung, Stärkung der wirtschaftspolitischen Kommunikation und Intensivierung der Kooperationen mit der Wissenschaft. In diesen Bereichen war das Berliner Team, neben der Forschung in den jeweiligen Kompetenzbereichen der Mitarbeiter, vielfältig aktiv.



Nils aus dem Moore aus dem Berliner RWI-Büro während der Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Wachstum in der Kontroverse“

Politikberatung

Einen Schwerpunkt bildete die Unterstützung von RWI-Präsident prof. Dr. **Christoph M. Schmidt** als Sachverständiger in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Neben der Beteiligung an Arbeiten in der Projektgruppe „Wohlstandsmessung“ hat **Nils aus dem Moore** diverse Anfragen für Hintergrundgespräche von Parlamentariern und Bundestagsreferenten sowie an der Thematik interessierten Wissenschaftlern wahrgenommen. Ein ganz anderes Thema führte ihn im Mai ins Bundesfinanzministerium: In der Fortbildungsreihe der Grundsatzabteilung hielt er den Vortrag „Auf dem Weg zu Maastricht 2.0? Nationale Finanzpolitik in Europa zwischen Koordinierung und Subsidiarität“.

Anfang Juni nahm Dr. **Tanja Kasten** an „Science meets Parliament“ im Deutschen Bundestag teil. Wissenschaftler besuchen bei dieser von der Leibniz-Gemeinschaft



Prof. Manuel Arellano aus Madrid sprach im Rahmen der BeNA-Vortragsreihe über ökonometrische Methoden für Paneldaten

organisierten Veranstaltung Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter in deren Büros, um aktuelle Forschungsthemen zu erörtern und Kontakte zu knüpfen. Frau Kasten stellte den Mitarbeitern von **Christine Scheel** (Mittelstandsbeauftragte der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Grüne) die jüngsten Analysen des RWI zur Frage „Wer trägt den Staat?“ (RWI-Position Nr. 43) vor. Neben der Verteilung der deutschen Steuer- und Abgabenlasten über Einkommensbereiche und Haushaltstypen wurden in dem Gespräch auch Reformoptionen für die Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich diskutiert.

Wirtschaftspolitische Kommunikation

Anfang April veröffentlichte das **Handelsblatt** die Serie „Deutschland ungeschminkt“ mit sechs mehrseitigen Folgen zu den Herausforderungen und Zukunftsaussichten der deutschen Volkswirtschaft. Als wissenschaftlicher Kooperationspartner war das RWI mit

Berechnungen und begleitenden Analysen beauftragt worden. Für die Koordination dieses Projekts war Nils aus dem Moore verantwortlich. Die Analysen des RWI erschienen parallel zur Serie in der zu diesem Anlass neu gestalteten Reihe RWI-Positionen (vgl. Seite 11). Das vom Handelsblatt im Kontext der Serie veranstaltete „Deutschland-Dinner“ mit einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion im Hotel Adlon nutzten Dr. *Ronald Bachmann* und *Nils aus dem Moore* zur Knüpfung und Vertiefung von Kontakten.

Um Zukunftsaussichten ging es am 7. April auch auf der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Was gestern ging, geht morgen auch? Wachstum in der Kontroverse“. Im Anschluss an die Einführung von CDU-Generalsekretär *Hermann Gröhe* standen drei Impulsvorträge aus der Wissenschaft auf dem Programm. Nils aus dem Moore referierte über die empirische Bedeutung von Wachstum für Erwerbsarbeit und soziale Sicherung und wirkte an der anschließenden Podiumsdiskussion zum Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie mit.



Die BeNA-Vortragsreihe zog viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an die Humboldt-Universität

Kooperationen mit der Wissenschaft

Die von dr. *Michael Kvasnicka* mitorganisierte BeNA-Vortragsreihe von Prof. *Manuel Arellano* aus Madrid war ein großer Erfolg. Seine drei Vorlesungen und ein Forschungsvortrag zu ökonometrischen Methoden für Paneldaten hatten am 7. und 8. April rund 140 Teilnehmer an die Humboldt-Universität geführt – aus allen Berliner Universitäten und zahlreichen regionalen

Wissenschaftsinstitutionen, national von zahlreichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zwischen Rostock und Freiburg (natürlich auch aus Essen), und international aus Finnland, Spanien und Weißrussland. Auch die Möglichkeit, eigene Forschungsfragen in den von Professor *Arrelano* angebotenen Sprechstunden zu erörtern, wurde intensiv genutzt. Die Vorlesungsreihe wurde bereits zum siebten Mal vom Berliner Netzwerk Arbeitsmarktforschung e.V. (BeNA) organisiert, an dem das RWI über sein Büro Berlin beteiligt ist. Seine zentrale Aktivität ist das wöchentliche Leibniz Seminar für Arbeitsmarktforschung, in dem Mitglieder der Netzwerk-Institutionen als auch herausragende NachwuchswissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland ihre Forschungsprojekte präsentieren (siehe www.arbeitsmarktforschung.net im Internet). Für *Michael Kvasnicka*, Initiator des Netzwerks und im Dezember 2010 wiedergewählter Vorsitzender des BeNA-Vorstands, zeigen die Rekorde der Vorlesungsreihe in Teilnehmerzahl und Einzugsgebiet, „dass unsere Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet wie auch international als attraktive Plattform für Arbeitsmarktökonomien und empirische Wirtschaftsforscher wahrgenommen werden.“

Im Mai war das RWI erneut in der Humboldt-Universität präsent: Auf dem 11. Ökonomischen Symposium des Humboldt-Forum Wirtschaft zum Thema „Ausgewachsen? Wachstum im Zeichen der Nachhaltigkeit“ diskutierte *Nils aus dem Moore* auf dem Podium „Ökonomie – die Schmiede des Glücks?“ mit dem Schweizer Ökonomen *Matthias Binswanger*, der österreichischen Philosophin *Charlotte Annerl* und dem Umweltwissenschaftler *Roland Zieschank* von der Freien Universität Berlin über neue Erkenntnisse zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und Zufriedenheit sowie über aktuellen Bestrebungen, die Messung des Wohlstands zu verbessern.

Informationen: ausdemmoore@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Download unter www.rwi-essen.de/rep

(247) Clausen, V. und H. Wohltmann

Oil Price Shocks and Cyclical Dynamics in an Asymmetric Monetary Union

(248) Luhan, W. J., M. W.M. Roos und J. Scharler

An Experiment on Consumption Responses to Future Prices and Interest Rates

(249) Ehlert, C., J. Kluge und S. Schaffner

Training + Temp Work = Stepping Stone? – Evaluating an Innovative Activation Program for Disadvantaged Youths

(250) Behl, P., H. Dette, M. Frondel und H. Tauchmann

Choice is Suffering: A Focused Information Criterion for Model Selection

(251) Giesen, K. und C. Schwarz

Trade, Wages, FDI and Productivity

(252) Beckmann, J., A. Belke und F. Dobnik

Cross-section Dependence and the Monetary Exchange Rate Mode – A Panel Analysis

(253) Heinrich, T.

Communication and Reputation in Procurement Auctions – Some Empirical Evidence

(254) Brosig, J. und T. Heinrich

Reputation and Mechanism Choice in Procurement Auctions – An Experiment

(255) Bredemeier, C. und H. Goecke

Sticky Prices vs. Sticky Information – A Cross-Country Study of Inflation Dynamics

(256) Frondel, M.

Modeling Energy and Non-energy Substitution – A Survey of Elasticities

(257) Bauer, T. K., R. Flake und M. Sinning

Labor Market Effects of Immigration – Evidence from Neighborhood Data

(258) Keese, M.

Thrifty Wives and Lavish Husbands? – Bargaining Power and Financial Decisions in Germany

(259) Trax, M.

Productivity and the Internationalization of Firms – Cross-border Acquisitions versus Greenfield Investments

(260) Bauer, Th.K., S. Bender, A. Paloyo und Ch.M. Schmidt

Do Guns Displace Books? – The Impact of Compulsory Military Service on Educational Attainment

RWI Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-materialien

(66) Augurzky, B., A. R. Reichert und M. Scheuer

Faktenbuch Medizinische Rehabilitation 2011

Als Teil des Gesundheitswesens übernimmt die medizinische Rehabilitation die Aufgabe, die Teilhabe chronisch kranker Menschen am Leben in der Gesellschaft und ihre Selbstbestimmung zu fördern, indem sie den Folgen einer Krankheit in Form von Fähigkeitsstörungen und sozialen Beeinträchtigungen (Behinderung, Erwerbsunfähigkeit, Pflegebedürftigkeit) vorzubeugen, sie zu beseitigen, zu bessern oder deren wesentliche Verschlechterung abzuwenden versucht. Damit leistet sie einen Beitrag dazu, dass Arbeitnehmer länger am Arbeitsleben teilnehmen können, Frühverrentungen und Pflegebedürftigkeit vermieden und so auch Beiträge für die Sozialversicherungsträger geleistet werden.

Vor diesem Hintergrund möchte das „Faktenbuch Medizinische Rehabilitation 2011“ einen Überblick über die medizinische Rehabilitation in Deutschland, ihre Grundlagen und ihre Wirksamkeit geben.

(67) Augurzky, B., R. Gülker, S. Krolop, Ch.M. Schmidt, H. Schmidt, H. Schmitz und St. Terkatz

Krankenhaus Rating Report 2011 – Die fetten Jahre sind vorbei

Im Jahr 2009 befanden sich 12% der Krankenhäuser im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr, 75% im grünen, die restlichen 13% dazwischen. Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit betrug 1,2%. Die wirtschaftliche Lage hat sich damit gegenüber 2008, als 14% der Krankenhäuser im roten und nur 69% im grünen Bereich waren, verbessert. Grundlage für diese Analysen ist eine Stichprobe von 687 Jahresabschlüssen aus 2008, die insgesamt 1 035 Krankenhäuser umfassen, und 366 aus 2009.

2009 erhöhten sich die KHG-Fördermittel erstmals seit 1995 spürbar. Damit dürfte aber der langfristige Rückgang nicht durchbrochen sein. Vielmehr dürfte es sich um eine antizyklische Stabilisierungsmaßnahme als Folge der Finanzkrise gehandelt haben. Legt man einen als notwendig erachteten jährlichen Investitionsbedarf von 10% des Krankenhausumsatzes zugrunde, beläuft sich die seit 1991 kumulierte Investitionslücke auf 30 Mrd. €. Allerdings füllen die Krankenhäuser einen wachsenden Teil dieser Lücke durch Investitionen aus Eigenmitteln.

Dies sind einige wesentliche Ergebnisse des Krankenhaus Rating Reports 2011, der nun vorgelegt wurde.

RWI Positionen

Download unter www.rwi-essen.de/positionen

Die RWI Positionen #42 bis #46 sind zur wissenschaftlichen Begleitung und Vertiefung der Handelsblatt-Serie „Deutschland ungeschminkt“ entstanden.

(42) Bachmann, R., C. Ehlert und Ch.M. Schmidt

Wirtschaftsleistung, Wertschöpfung und Wachstumspotenziale in Deutschland. 1. April 2011

In der Freude über die ökonomische Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise darf nicht übersehen werden, dass die deutsche Volkswirtschaft vor großen Herausforderungen steht. Dazu gehört neben

dem demographischen Wandel und dem Umbau der Energieversorgung auch die Gewichtsverschiebung in der globalisierten Weltwirtschaft. Diese RWI Position leitet aus der von historischen Erfahrungen und ökonomischen Überlegungen geprägten Diskussion von Wirtschaftsleistung, Wertschöpfung und Wachstumspotenzialen zentrale wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen ab.

(43) Beimann, B., R. Kambeck, T. Kasten und L.-H.R. Siemers

Wer trägt den Staat? Eine Analyse von Steuer- und Abgabenlasten. 1. April 2011

In der Diskussion um ein „gerechtes“ Steuer- und Abgabensystem ist häufig zu hören, dass in Deutschland die „Mittelschicht“ übermäßig stark belastet wird und „Spitzenverdiener“ zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Diese RWI Position unterzieht die öffentliche Wahrnehmung einer „ungerechten“ Lastenverteilung einer empirischen Überprüfung. Hierzu wird die im Jahr 2010 herrschende Verteilung der Belastungen durch direkte und indirekte Steuern sowie durch Sozialversicherungsbeiträge auf der Basis von repräsentativen Mikrodaten geschätzt.

(44) Augurzky, B., S. Felder und A. Tinkhauser

Perspektiven des Gesundheitssektors: Wachstumsmotor oder Milliardengrab? 1. April 2011

Der Gesundheitssektor ist ein wichtiger Motor der Wirtschaft. Die Demographie, medizinisch-technischer Fortschritt und höherer Wohlstand haben dazu geführt, dass die Ausgaben für Gesundheit in den vergangenen Jahrzehnten überproportional gestiegen sind. Vieles spricht für weiteres Wachstum: Erstens wirkt die Alterung der Bevölkerung ausgabensteigernd; zweitens führt der medizinisch-technische Fortschritt zu steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen; drittens ist bei wachsendem Wohlstand davon auszugehen, dass vom individuellen Einkommen relativ mehr für Gesundheitsleistungen ausgegeben wird. Gleichzeitig nimmt die Zahl derer ab, die das Gesundheitswesen finanzieren. Ohne Änderungen am Status quo wird sich eine erhebliche Finanzierungslücke auftun.

Publikationen

(45) Frondel, M., N. Ritter und Ch.M. Schmidt

*Die Kosten des Klimaschutzes am Beispiel der Strompreise.
1. April 2011*

Die Strompreise kennen seit Anfang des neuen Jahrtausends in Deutschland nur eine Richtung: nach oben. Die Hauptursache sind Steuern sowie gesetzlich festgelegte Umlagen und Abgaben, die vorwiegend klimapolitisch motiviert sind. Ohne ihre Einführung und schrittweise Erhöhung hätten sich die Stromkosten für die privaten Haushalte seit 1998 überhaupt nicht erhöht. In dieser RWI Position werden die Ursachen des Preisanstiegs am Beispiel eines Haushalts mit einem jährlichen Stromverbrauch von 3 500 kWh analysiert. Besonderes Augenmerk wird auf die Abgabe für die Förderung alternativer Stromerzeugungstechnologien wie Photovoltaik gelegt, welche von den Stromverbrauchern mit ihrer Stromrechnung zu bezahlen ist.

(46) aus dem Moore, N., B. Beimann, H. Gebhardt und R. Kambeck

Der Weg zu nachhaltigen Finanzen: Weniger Soziales, mehr Investitionen. 1. April 2011

Wie haben sich Umfang und Struktur der deutschen Staatseinnahmen und -ausgaben über die Zeit entwickelt – und wie ist die aktuelle Situation aus ökonomischer Sicht zu bewerten? Mit diesen Fragen spricht die vorliegende RWI Position die seit langer Zeit geführte Debatte über den „richtigen“ Umfang der Staatstätigkeit und die Frage nach einer „optimalen“ Staatsquote an. Vor der Bewertung steht jedoch die empirische Analyse. Die RWI Position stellt daher zunächst die Struktur und Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben des Staates sowie die damit verbundenen Finanzierungsprobleme im Überblick dar. Im Mittelpunkt stehen dabei eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von eher konsumtiven Sozialleistungen und Investitionen in die Gestaltung der Zukunft sowie eine Problematisierung des zunehmenden Gewichts der im so genannten „Sozialbudget“ verausgabten Mittel. Anschließend werden die zu erwartenden Folgen des demographischen Wandels, explizite und implizite Staatsverschuldung sowie die damit eng verbundene Frage der Tragfähigkeit der öffentlichen

Finanzen erörtert.

(47) Gebhardt, H., R. Kambeck und F. Matz

Der NRW-Haushalt für das Jahr 2011: Scheinerfolge bei der Konsolidierung. 17. Mai 2011

Seit knapp einem Jahr regiert die Rot-Grüne Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen. In der Haushalts- und Finanzpolitik war der Nachtragshaushalt 2010, den der Verfassungsgerichtshof des Landes in seinem Urteil vom 21.12.2010 als verfassungswidrig beurteilt hat, als Fehlstart zu bewerten. Am 18. Mai steht im Landtag jetzt die Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für den Haushalt 2011 an. Bei Ausgaben in Höhe von rd. 55 Mrd. € und Einnahmen in Höhe von gut 50 Mrd. € ist eine Nettokreditaufnahme von 4,8 Mrd. € notwendig, um den Haushalt auszugleichen. Zwar ist es absolut richtig, die konjunkturbedingten „Steuererreinnahmen“ zur Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen. Gleichzeitig sollte jedoch auch damit begonnen werden, das strukturelle Defizit zurückzuführen, um zum Ende des Jahrzehnts einen strukturell ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen, wie es die Schuldenbremse vorschreibt. Diesen umfassenden Konsolidierungserfordernissen wurde bislang in der Haushalts- und Finanzplanung nur unzureichend Rechnung getragen. Geplant sind vielmehr unter dem Credo „vorbeugende Finanzpolitik“ deutliche Steigerungen bei den Ausgaben.

RWI Arbeitsbericht 2010 ■

Download unter www.rwi-essen.de/publikationen/arbeitsberichte

Der „RWI Arbeitsbericht 2010 – Gut gerüstet“ ist erschienen. Er gibt Auskunft über das Geschäftsjahr des Instituts und über seine Forschungstätigkeiten. Der Arbeitsbericht steht auf der RWI-Homepage als pdf-Download bereit. Die gedruckte Fassung ist beim Institut erhältlich.

Berufung von Jochen Kluve zum Professor an der Humboldt-Universität



Der Leiter des Berliner RWI-Büros, Dr. *Jochen Kluve*, ist zum 1. April 2011 auf eine Professur für Empirische Arbeitsmarktökonomik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin berufen worden. Der Arbeitsmarktexperte ist seit 2003 als

Wissenschaftler für das RWI tätig. Von 2003 bis 2008 leitete er den RWI-Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bevölkerung, Gesundheit“, im Jahr 2007 übernahm er die Leitung des neu gegründeten Berliner RWI-Büros. Seine Forschungsarbeiten wurden in referierten Fachzeitschriften veröffentlicht, darunter *Economic Journal*, *Economic Policy*, *Journal of Applied Econometrics* und *Labour Economics*. Im laufenden Sommersemester hat Jochen Kluve seine Lehrtätigkeit an der HU Berlin mit einer Veranstaltung zu Methoden der Evaluation wirtschaftspolitischer Maßnahmen aufgenommen.

Christoph M. Schmidt in Kuratoriumsvorstand des MPI München gewählt

RWI-Präsident Prof. Dr. *Christoph M. Schmidt* ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums des Münchner Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen gewählt worden. Er gehörte dem Kuratorium bereits seit Juli vergangenen Jahres als Mitglied an. Zentraler Forschungsschwerpunkt des interdisziplinären Instituts sind Themen nationaler und internationaler Besteuerung aus juristischer und ökonomischer Perspektive. Während der juristische Bereich zu vielfältigen Forschungsthemen im Unter-

nehmens- und Steuerrecht arbeitet, widmet sich der ökonomische Bereich Forschungsfragen aus der Finanzwissenschaft und Fiskalpolitik.

RWI erhält Zertifikat zum „audit berufundfamilie“

Am 25. Mai 2011 hat das RWI in Berlin sein Zertifikat zum „audit berufundfamilie“ erhalten. Als Zertifikats-träger bekennt es sich dazu, seine bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen künftig noch transparenter und sichtbarer zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu unterstützen. Für das RWI nahm *Sabine Reinhard*, Leiterin der Serviceabteilung „Personal und Recht, allgemeine Verwaltung“ das Zertifikat aus den Händen von *Peter Hintze*, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, entgegen. Schirmherren für das „audit berufundfamilie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung sind Bundesfamilienministerin Dr. *Kristina Schröder* und Bundeswirtschaftsminister Dr. *Philipp Rösler*. Neben dem RWI erhielten neun weitere Institute der Leibniz-Gemeinschaft ihr Zertifikat.



RWI-Personalchefin Sabine Reinhard nahm das Zertifikat „auditberufundfamilie“ aus den Händen von Staatssekretär Peter Hintze entgegen.

Die praktische Umsetzung der im Auditverfahren erarbeiteten konkreten Ziele und Maßnahmen wird jährlich überprüft. Drei Jahre nach Erteilung des Zertifikats wird im Rahmen der Re-Auditierung kontrolliert, inwieweit die gesteckten Ziele erreicht wurden und welche weiterführenden Ziele zu vereinbaren sind. Nur im Falle einer erfolgreichen Re-Auditierung erhalten die

Unternehmen und Institutionen die Bestätigung ihres Zertifikates und dürfen das Qualitätssiegel weiterführen. Die Überprüfungen finden alle drei Jahre statt.

Vorstellung des RWI-Forschungsbeirats

Laut RWI-Satzung dient der Forschungsbeirat der wissenschaftlichen Beratung des Instituts. Ihm gehören mindestens 6, höchstens 12 international angesehene, im Berufsleben stehende externe Wissenschaftler oder andere Sachverständige auf dem Forschungsgebiet des Instituts an. Seine Aufgaben sind die wissenschaftliche Begleitung, Beratung und Bewertung der Arbeiten des Instituts, die Bewertung des Forschungsprogramms, der Bericht an den Verwaltungsrat sowie die Förderung der Arbeiten. Drei seiner bisherigen Mitglieder (Prof. Dr. David Card, Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer) haben wir in Ausgabe 1/2011 der „RWI News“ vorgestellt. Es folgen die übrigen drei Mitglieder, die turnusgemäß ausgeschieden sind. Der Forschungsbeirat wurde im Juni 2011 neu besetzt. Der neue Beirat wird in den nächsten „RWI News“ vorgestellt.

Prof. Dr. Michael Lechner (bis 7. Juni 2011)



Michael Lechner ist seit 1998 Professor für Empirische Wirtschaftsforschung und Ökonometrie an der Universität St. Gallen. Er ist zurzeit geschäftsführender Direktor des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung (SEW). Von 1985 bis 1989 studierte Michael Lechner an der Universität Heidelberg

und an der London School of Economics and Political Science. Er wurde in Mannheim promoviert und habilitierte sich dort. Lechners Forschungsergebnisse über die Evaluation von Arbeitsmarktprogrammen, den ostdeutschen Arbeitsmarkt, ökonometrische Methoden, Arbeitsmarkteffekte sportlicher Aktivität und Bevölkerungsökonomik wurden unter anderem im

Journal of Econometrics, Journal of Human Resources, Economic Journal and Review of Economics and Statistics veröffentlicht.

Prof. Dr. Till Requate (bis 7. Juni 2011)



Till Requate ist seit 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Innovations-, Wettbewerbs- und Neue Institutionenökonomik an der Universität Kiel, zuvor war er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Dort leitete er das Interdisziplinäre Institut für Umweltökonomie und war Sprecher des Graduierten-

kollegs Umwelt- und Ressourcenökonomie. Er promovierte an der Universität Bielefeld und habilitierte sich dort. Seine Forschungsthemen sind Umweltökonomik, experimentelle Ökonomik und Innovationsökonomik. Requate hat Beiträge unter anderem in *Economics Letters, European Economic Review, Journal of Public Economics, Journal of Economic Dynamics and Control* sowie *Experimental Economics* veröffentlicht.

Prof. Nina Smith, Ph.D. (bis 7. Juni 2011)



Nina Smith ist Professorin an der Aarhus School of Business und Direktorin des Centre for Research in Integration and Marginalization. Sie war lange Zeit Mitglied in mehreren dänischen Beratungskommissionen (u.a. Danish Council of Economic Advisors, Danish Government's Research Commission, Danish Social

Science Research Council). Ihre Forschung befasst sich primär mit den Gebieten Arbeitsmarkt (Arbeitsangebot, Frauen, Immigranten, Geringqualifizierte), Einkommensungleichheit, Einkommensteuern und Sozialstaat. Smith hat unter anderem in *Economica, Oxford Economic Papers* und *Applied Economics* publiziert.

„Was macht eigentlich ...“

...Peter Hohlfeld



Peter Hohlfeld ist seit 2005 Referatsleiter für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Konjunkturanalyse am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung. Von 1993 bis 2005 arbeitete er am RWI in der Forschungsgruppe Internationale Wirtschaftsbeziehungen bzw. im Kompetenz-

bereich „Wachstum und Konjunktur“. Zuvor hatte Peter Hohlfeld an der Universität Essen Volkswirtschaftslehre studiert und in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Hamburgischen Landesbank in Hamburg, am Institut für Europäische Wirtschaftsforschung der Universität Wuppertal sowie als Referent im Wirtschaftsministerium des Landes NRW gearbeitet.

1. Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Unter anderem habe ich mir das Rüstzeug für die Konjunkturanalyse und -prognose aneignen können. So habe ich verschiedene Prognosemethoden kennen gelernt und angewandt, die mir auch heute noch nützlich sind.

2. Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Die intensiven, ja teilweise hitzigen Diskussionen um die Prognosewerte, aber insbesondere um die Aussagen zu den Politikempfehlungen. Nicht zu vergessen sind aber auch einige legendäre Geburtstagsfeiern.

3. Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Der Kern ist ähnlich, allerdings ist die Arbeit komplexer und vielfältiger geworden. Ich bin im IMK praktisch für die gesamte Deutschlandprognose – mit Ausnahme des Arbeitsmarktes – zuständig. Auch die Pressekontakte haben deutlich zugenommen.

4. Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass die Akzente in den Wirtschaftsforschungsinstituten etwas anders gesetzt werden – siehe DIW-Berlin. Das ursprüngliche Ziel, eine rein akademische Institution zu werden, hat den Adressaten der Forschung, insbesondere der Politik, offensichtlich nicht die erhofften Vorteile gebracht. Für die Institute besteht nach wie vor die Herausforderung, als Brücke zwischen Wissenschaft und Politik zu fungieren

5. Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Wer hätte gedacht, dass der Wandel an deutschen Universitäten hin zu mehr Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften so schnell geht?



RWI News

Nr. 2/2011 (Juni)

Herausgeber:

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Fon -213), Joachim Schmidt

Layout: Julica Bracht, Daniela Schwindt, Benedict Zinke

Fotos: berufundfamilie gGmbH, Julica Bracht, Christine Kurka,
Henning Lüders, Benedict Zinke

ISSN 1612-3581